

AfD gründet radikale Jugendorganisation: Die Jungen Patrioten sind da!

Die AfD gründet auf ihrem Parteitag in Riesa die „Junge Patrioten“, eine neue Jugendorganisation, zur engeren Anbindung an die Partei.



Riesa, Deutschland - Auf dem Bundesparteitag der Alternative für Deutschland (AfD) in Riesa wurde am Sonntag die Gründung einer neuen Jugendorganisation beschlossen. Die Delegierten stimmten mit 71,9 Prozent für den Vorschlag des Vorstands, die „Junge Patrioten“ als offizielle Untergliederung der AfD zu etablieren. Diese neue Organisation richtet sich an Mitglieder bis 36 Jahre und soll dichter an den Strukturen der Bundespartei angebunden sein, im Gegensatz zur bisherigen Jugendorganisation Junge Alternative (JA), die vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft wird. Der Antrag zur Gründung der „Jungen Patrioten“

kam nach lebhaften Debatten zustande und erreichte die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Satzungsänderung.

Die Entscheidung zur Bildung dieser neuen Gruppierung zeigt das Bestreben der AfD, die Kontrolle über ihren Nachwuchs zu stärken. Parteivorsitzende Alice Weidel und andere Funktionäre erhoffen sich mehr Einfluss auf das Verhalten und die Aktivitäten der Mitglieder in der neuen Organisation. Zudem wurde im Rahmen der Satzungsänderung festgelegt, dass die junge Organisation „der Ordnung und den Grundsätzen der Partei nicht widersprechen“ dürfe. Die AfD und die „Junge Patrioten“ sollen sich gegenseitig „nach besten Kräften“ unterstützen.

Neues Wahlprogramm im Fokus

Zusätzlich zur Gründung der „Jungen Patrioten“ billigte der AfD-Parteitag auch ein neues Wahlprogramm. Ein zentraler Punkt ist die Definition der Familie, die nun als der „Keimzelle der Gesellschaft“ aus Vater, Mutter und Kindern beschrieben wird. Diese Formulierung wurde präzisiert, um ein festes Leitbild zu vermitteln, das jedoch nicht das Prinzip der Toleranz und die Akzeptanz anderer Lebensmodelle in einer freien Gesellschaft negiert.

Im Familienkapitel des Wahlprogramms wird die bestehende Regelung zu Schwangerschaftsabbrüchen beibehalten, die eine straffreie Durchführung unter bestimmten Bedingungen vorsieht. Darüber hinaus plant die AfD, dass während der Schwangerschaftskonfliktberatung Ultraschallaufnahmen gezeigt werden, um Frauen über den Entwicklungsstand des Kindes zu informieren.

Kritik und Proteste

Die Abstimmung und die Beschlüsse am Parteitag ziehen jedoch auch Kritik und Proteste nach sich. Rund 10.000 Menschen demonstrierten gegen die Versammlung der AfD, was zu Spannungen zwischen Demonstrierenden und der Polizei führte.

Am Samstag wurde die Polizeipräsenz stark erhöht, nachdem ein Vorfall mit einem Polizeihund unter den Demonstranten für Aufregung sorgte. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet, da ein Beamter seinen Hund gegen einen Demonstranten einsetzte. Ein Video des Vorfalls sorgte für heftige Diskussionen in sozialen Medien.

Des Weiteren richtet sich der Fokus der AfD auf eine strikte Migrationspolitik, während die Partei weiterhin eine positive Sicht auf das Kaiserreich und Preußen propagiert. Der Parteitag forderte einen Ausstieg aus dem Euro und eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht, obwohl die explizite Forderung nach einem Dexit vermieden wurde. Diese und andere Beschlüsse sollen dazu dienen, die Grundlage für die bevorstehenden Wahlen zu stärken und den Einfluss der AfD zu festigen.

Inmitten der hitzigen Debatten und der Proteste bleibt die AfD weiterhin unter Beobachtung des Verfassungsschutzes, der die Partei als rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestuft hat. Vor diesem Hintergrund stehen die kommenden Bundestagswahlen für die Partei im Fokus, und die „Jungen Patrioten“ sollen dabei eine Schlüsselrolle spielen.

Für weitere Details zu den Entwicklungen beim AfD-Parteitag lesen Sie bei **rbb24** und **Tagesschau**.

Details	
Vorfall	Vandalismus, Notfall
Ursache	Beeinträchtigung durch Demonstrationen, Zwischenfall mit Polizeihund
Ort	Riesa, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de